

Sport-Wochenblatt

Allgemeine Sportzeitung für Berg u. Markt

Sonder-Ausgabe

General-Anzeigers der Stadt Wuppertal

Verlagsort: Wuppertal-Eilberfeld - Fernsprecher Sammel-Nummer 217 01.

Erschließt in unseren Geschäftsstellen:
Eilberfeld, Walter-Rathenaustraße Nr. 50, und
Barmen, Neuenweg Nr. 57, sowie in unseren
Filialen und bei den Straßenverkäufern.

Bezugspreis . . . monatlich 40 Pfennig
Einzelpreis 10 Pfennig
Anzeigenpreis . . . 26 mm breit 10 Pfennig
Kleinanzeigen . . . 72 mm breit 50 Pfennig

Nummer 17

Montag den 27. April 1931

Preis 10 Pfg.

Fußball-Länderkampf in Amsterdam unentschieden

Deutschland Holland 1:1

Das Tor, das den Sieg gebracht hätte, nicht anerkannt.

(Drahtbericht unseres nach Amsterdam entsandten Redaktionsmitgliedes.)

Ein volles Dutzend deutsch-holländischer Länderspiele liegt jetzt hinter uns. Zwölfmal standen sich die Fußballspieler der beiden Länder gegenüber, dreimal gewannen die Deutschen, viermal die Holländer und fünfmal trennte man sich unentschieden. Die 40.000, die am Sonntag das Olympische Stadion in Amsterdam besetzten, sahen keine Entscheidung, wie sie nach fast vierjähriger Unterbrechung hätte gewesen wäre; denn wieder endete der Kampf unentschieden, wie der letzte in Köln 1927 auch unentschieden ausgegangen war. Ein großer Aufwand schließlich

erhielten wurde das Deutschlandtor gestiftet. Der Beifall war recht herzlich, steigerte sich aber naturgemäß beim Erscheinen der holländischen Spieler. Schiedsrichter Bergquist und die beiden Linienrichter Dr. Baumann und Lehner folgten den Holländern. Dann wurde geteilt und Deutschland wählte den Wind, der von Süden kam, als Bundesgenossen. Das Spiel begann pünktlich um 14.30 Uhr holländischer Zeit. Als Bergquist den Anpfiff vornahm, standen die beiden Mannschaften wie folgt:

Holland	van der Meulen	van Roon	van Roij
	Paauwe	Anderiesen	van Heel
	Adam	Lap	Agendaal
	v. d. Hoven	v. d. Hoven	v. Nellen
	Müller	R. Hofmann	Schlösser
	Rohrer	Wagner	Albrecht
	Knoke	Kauer	Stöfel
	Weber	Schröder	

Deutschland
Der holländische Anstoß zwang sofort die deutsche Abwehr zum Eingreifen. Sehr schnell entwickelten sich spannende Momente vor beiden Toren.

Die Holländer fanden sich schneller und legten das Tempo vor. Die erste Ecke konnte Deutschland in der 5. Minute erzielen, ohne daraus einen Erfolg ziehen zu können. Die Holländer waren mit ihren schnellen Angriffen außerordentlich gefährlich und Kreh bekam viel Arbeit. Einmal rettete er in einer bedrängten Situation durch entschlossenes Herauslaufen. Eine Flanke des durchgebrochenen v. Nellen jagte Lap neben das Tor. Bei einem deutschen Vorstoß endete ein Schuß von Kreh am Tor. Nach viertelstündigem Spiel kam Holland zur ersten Ecke, die eine gefährliche Situation vor dem deutschen Tor ergab. Hier war es Weber, der in letzter Not eingriff. Die deutsche Mannschaft fand sich allmählich etwas besser zusammen und brachte einige schöne Angriffe vor. So hatte Schlösser eine große Chance, als Müller vorgestoßen war und von der Meulen das Tor verließ.

Schlössers Schuß prallte jedoch von der Torlatte wieder zurück.

Der Gegenangriff brachte einen Strafstoß für Holland, den Lap verfehlt. Das Spiel verlief wechselvoll und ausgeglichen. Eine ausgeglichene Überlegenheit bestand nicht. Einen Durchbruch von Adam machte Kreh durch sein glänzendes Stellungsspiel zunichte. R. Hofmann leitete mehrere gute Angriffe ein, denen sich aber die holländische Hintermannschaft gewachsen zeigte.

Die größere Schnelligkeit war bei den Holländern.

Ein nicht ganz berechtigter Strafstoß wurde von Kreh gehalten. Gleich darauf schiedt Agendaal eine lange Vorlage nach vorn.

Hier beging Kreh den Fehler, zu weit aus dem Tor herauszulassen. Zwar konnte er noch zweimal retten, aber der Ball kam nicht aus dem Strafraum heraus. Es entstand ein Gedränge, aus dem heraus Lap den Ball erwischte und ins Tor einschob.

Der Schuß war nicht einmal sehr scharf, Weber versuchte noch den Ball zu erreichen, konnte ihn jedoch nicht mehr fassen. Es handelte sich für Holland in der 80. Minute. Das Publikum begrüßte diesen Erfolg seiner Mannschaft mit unbeschreiblichem Jubel. Die deutschen Spieler verloren ihre Nerven nicht und brachten eine Reihe von Angriffen vor.

Jetzt zeigte sich besonders Albrecht aus, er einmal aus guter Position knapp neben (Fortsetzung auf der Rückseite.)

Die Bilder vom Fußball-Länderkampf in Amsterdam befinden sich auf der 1. Beilage.

ward vertan — es sollte um Sieg und Niederlage gehen, aber es endete mit einem Kompromiß, einer Zwischenlösung, die keinem Recht gab und keinem Unrecht. Es war kein befriedigendes Ergebnis, und weder die 6000 deutschen Schlachtenbummler werden begeistert gewesen sein noch die Holländer, die einen Sieg ihrer Farben erwarteten. Es ist das Schicksal aller Zwischenlösungen, daß sie nie ganz befriedigen können, weil eben Halbheiten niemals ausreichen können. Und davon machen selbst Fußballresultate keine Ausnahme.

Die Ereignisse in 90 Minuten.

Der erste Teil.

Die deutsche Mannschaft kam unter Führung von Kreh zuerst auf den Platz. Bei ihrem



Torwart Kreh, der beste Mann der deutschen EM.

Wilna ohne Licht!

Überschwemmungen im Osten

Warschau, 26. April. (Drahtb.) Die Überschwemmungskatastrophe im Wilnaer Gebiet nimmt noch an Umfang zu. Besonders schwer ist die Stadt Wilna betroffen. Der Fluß hat einen Stand von etwa 9 Meter erreicht. Den Anstrengungen der aufgestellten Truppen ist es nicht gelungen, das Elektrizitätswerk, das nur einige hundert Meter vom Ufer des Flusses entfernt ist, vor den Fluten zu schützen. Der aufgerichtete Damm wurde durchbrochen und die Wassermassen drangen in den Turbinenraum ein, so daß die Maschinen stillgelegt werden mußten. Ganz Wilna ist ohne Licht. Nunmehr sind auch die höhergelegenen Stadtviertel in Gefahr. Drohend umspülen die Fluten die alte Wilnaer Kathedrale. Bisher sind allein in Wilna mehr als 150 Häuser unter Wasser. Ungefähr 2000 Personen sind obdachlos geworden. Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Theodosius von Wilna erlitt infolge harter Erregung einen Schlaganfall. Sein Leben ist in Gefahr. Der Arbeitsminister, General Gubicki, begab sich am Sonntag nach Wilna, um dort über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Auch im Grodnoer Bezirk, wo der Njemen aus den Ufern trat, sind mehrere Orte überschwemmt worden.

Überall Brotpreissteigerungen

In Mainz

Mainz, 26. April. (Drahtb.) Die Bäcker und Brotfabriken von Mainz geben bekannt, daß sie infolge der steigenden Mehlpreise gezwungen sind, den Preis für das zweifelhändige Mischbrot erster Sorte um 2 Rpf. auf 48 Rpf. und für das zweifelhändige Mischbrot zweiter Sorte und Roggenbrot um 3 Rpf. auf 48 Rpf. zu erhöhen.

In Kassel

Kassel, 26. April. (Drahtb.) Das Bäcker-gewerbe hat sich gezwungen gesehen, den Brotpreis ab 24. April von 66 Rpf. auf 70 Rpf. zu erhöhen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß trotz den Versprechungen der Regierung die Steigerung der Mehlpreise zu unterbinden, diese in den letzten Wochen ständig weiter gestiegen sind.

In Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 26. April. (Drahtb.) Nachdem für die beabsichtigte Brotpreissteigerung von den Bäckern die Laffache einer wesentlichen Erhöhung der Mehlpreise geltend gemacht worden ist, hat sich der Magistrat telefonisch an das Reichsernährungsministerium gewandt mit der dringenden Bitte, im Sinne einer Senkung der Mehlpreise einzugreifen.

Im Solde Frankreichs.

Sensationeller Prozeß wegen Verleumdung.

BS. Berlin, 26. April. (Eig. Drahtber.) Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat jetzt gegen den Händler Ernst Fr. Witz. Becker, den Detektivmeister Kuman und Frau Beckers und den Gezeiten im 6. Reiterregiment, Voltrath, in Demmin, sowie gegen fünf andere Personen Anklage in einer der sensationellsten Spionageaffären jüngster Zeit erhoben. Der Prozeß vor dem Reichsgericht dürfte im Laufe des Monats Juni stattfinden. Den Angeklagten wird Verleumdung im Zusammenhang mit Verrat militärischer Geheimnisse zugunsten Frankreichs vorgeworfen.

Furchtbares Blutbad auf Formosa.

Kopffäger töten 126 Eingeborene.

BS. Tokio (Formosa), 26. April. (United Press.) Ein furchtbares Blutbad ist von einer Kopffägerbande in der Ortschaft Rodos auf der japanischen Insel Formosa im chinesischen Meer angerichtet worden. Die Kopffäger, die dem Stamme der Tauschua angehören, haben das Dorf überfallen und unter schrecklichen Martern 126 Männer und Frauen getötet. Einigen wenigen Personen gelang es zu entkommen. Es handelt sich um eine Strafexpedition der Kopffäger gegen die unglücklichen Einwohner, weil diese während des Kopffägeraufstandes im vergangenen Oktober, bei dem etwa zweihundert Japaner ermordet worden waren, sich den holländischen nicht angeschlossen hatten. Ein starkes Polizeibataillon ist zur Verfolgung der Kopffäger aufgebracht.

Das Neueste vom Tage

Reichsarbeitertagung der Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei hielt gestern in Dortmund ihre Reichsarbeitertagung ab, die von den Delegierten aus dem Reich ziemlich stark besucht war. Unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Minnefeld (Hessen-Nassau) wurden in zwei Referaten und einer nachfolgenden Aussprache die Äußerungen der Arbeiterkammer behandelt und Beschlüsse und Anregungen für den Parteivorstand gegeben.

Volksentscheid in Lippe-Deimold

Bei dem Volksentscheid am Sonntag wurden insgesamt 36.968 Stimmen abgegeben. Davon waren 35.032 Ja-Stimmen, 1180 Nein-Stimmen und 754 ungültige Stimmen. An den erforderlichen 54.000 Stimmen fehlen rund 19.000, so daß der Volksentscheid gescheitert ist, obwohl die Zahl der zu verzehrenden Ja-Stimmen um rund 8000 höher ist als die erforderliche Zahl von 27.001.

Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Bei der Oberbürgermeisterwahl haben von 248.702 Wahlberechtigten 165.658 (66,8 Prozent) abgestimmt. Von den 165.248 gültigen Stimmen erhielt der bisherige Oberbürgermeister Dr. Panten-Schlager 115.178 Stimmen.

Elbi Beinhorn hat Europa erreicht

Die Fliegerin Elbi Beinhorn hat endlich Europa erreicht. Sie startete am Sonntag von Tunis, um über das Mittelmeer nach Sizilien zu fliegen. Nach zweistündigem Flug erreichte sie die Küste Siziliens und landete auf dem Flughafen von Catania. Elbi Beinhorn wird voraussichtlich am Montag früh nach Rom weiterfliegen. Mit ihrem Eintreffen in Berlin ist im Laufe der Woche zu rechnen.

Gemälde Diebstahl in London

Am Samstag wurden aus einer Reihe von Büroräumen in der Oxford Street zehn wertvolle Gemälde und zahlreiche kostbare Teppiche gestohlen. Unter den entwendeten Gemälden befinden sich zwei Gemälde von Gainsborough (Gräfin Chesterfield und Gemälde eines Herrn), ein von Dürer (Genetrix Maria) und ein Reynolds (Miß Grant). Der Verlust wird mit über einer halben Million Pfd. angegeben.

Gedächtnisfeier in Lüneburg

Nach einer russischen Meldung aus Alma-Ata (Turkestan) ist der Jüdische Über die Ufer getrieben und hat die ganze Stadt Ust-Kamenogorsk unter Wasser gesetzt. Sechs Personen sind ums Leben gekommen.

Das gemeinsame Schicksal

Reichsarbeitertagung der Deutschen Volkspartei

Portsmund, 26. April. (Draht.) Die Deutsche Volkspartei hielt heute hier ihre Reichsarbeitertagung ab, die von den Delegierten aus dem Reich ziemlich stark besucht war. Unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Dinnfeld (Weissenhofen) wurden in zwei Referaten und einer nachfolgenden Aussprache die Rechte der Arbeiterklasse behandelt und Vorschläge und Anregungen für den Parteivorstand und den Reichsarbeitsausschuss der Partei gegeben.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo hatte das Referat über die wirtschaftliche Lage übernommen. Es handelte sich heute nicht um einen allgemeinen Arbeitsmangel, sondern darum, daß durch verschiedene Faktoren gezwungen, ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt werden müsse. In der Hauptsache läge die Ursache dieses Zustandes auf der Tätigkeit der sozialistischen Parteien nach dem Kriege. Aber bereits heute läge die Arbeiter ein, daß es drei Faktoren seien, die den Wirtschaftsprozess in Gang hielten: Das Kapital, die Arbeitsleistung und die Verteilung. Wenn einer dieser Faktoren versage, läge das Ganze zum Erliegen. Es sei heute auch nicht mehr der einzelne Besitzer, der das Kapital stelle, dieses sei sich vielmehr zusammen aus einzelnen Gesellschaften von Aktionären, bei denen die Verteilung nur die Angelegenheit sei. Es sei heute alles ein Schicksal, was sich um den Begriff "Wirtschaft" dränge. Aber nach dem Kriege habe sich die Weltwirtschaft übernommen, und dadurch sei der große europäische Weltmarkt zum Erliegen gekommen. In Deutschland sei die Ursache der Krise, daß wir aus dem Weltmarkt herausgeworfen seien, so daß wir auf einer Feuerinsel lebten. Das sei in der Hauptsache die Auswirkung der sozialistischen Idee, die sich seit dem Kriege geltend gemacht hätte, d. h. der Idee, daß der Staat unendlich viele Funktionen auf sich nehmen könne auf sozialem Gebiet. Diese Entwicklung habe zu einer unendlichen Vertiefung der öffentlichen Verwaltung geführt.

Dah man im allgemeinen die Verantwortung für große Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet nicht einer größeren Gemeinschaft überlassen könne, sondern nur auf die verantwortungsbewusste Arbeit von Einzelindividuen legen müsse, bewies der Zusammenbruch der Berliner Verkehrs-gesellschaft. Die Partei wehre sich gegen eine Überwindung des sozialen Gedankens, der sich schon heute in einer Gefährdung der sozialen Versicherungen, wie Reichsrentenversicherung usw., auswirke. Im übrigen betonte der Redner die gute Zusammenarbeit, die sie mit dem Reichstagsabgeordneten Bräuning in der letzten Zeit erzielt hätten, und er hob das staatsmännische Talent hervor, das den Kanzler beehrte, mit fester Hand und klarem Blick für die politische Möglichkeit über den letzten, sehr schwierigen Winter hinwegzukommen.

Generalsekretär Frecht (Berlin) beleuchtete den jetzigen Stand der Dinge von der kulturpolitischen Seite her. Der Wiederaufbau des Vaterlandes könne nur gelingen auf der Grundlage rein geistiger Gesichtspunkte. Es sei ein Fehler gewesen, daß man in den Jahren nach dem Kriege diesem Gesichtspunkt fast gar keine Rechnung getragen habe. Der Kampf gehe jetzt eigentlich darum, nachdem es Streikern gelungen war, den Westen freizubekommen, ob die klassische Kultur die westliche Kultur zu überwinden vermöge.

In der anschließenden Diskussion brachten die Vertreter der Unterverbände ihre Wünsche und Sorgen dem Parteivorstand vor. Besonders intensiv wurde eine stärkere Berücksichtigung der Arbeiterklasse bei dem Vorgehen der Partei in wirtschaftlichen Fragen verlangt. Es müsse auch nach einer weit besserer Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt werden und die Arbeiterorganisation innerhalb der Partei mehr Anerkennung finden.

Die Angekündigten zum Nordwest-Schiedspruch

Offen, 26. April. (Draht.) Die Verbanden der Gewerkschaften Stahl und Eisen im ODA. nahmen am Sonntag gegen den Schiedspruch in der Nordwestgruppe Stellung. In einer Entschließung wurde betont, daß der Schiedspruch, der trotz der bereits am 1. Januar 1931 erfolgten siebenprozentigen Kürzung eine weitere Senkung der gesamten Einkommen um 15 vom Hundert vorlese, der angepöbelten sozialen Lage der Angekündigten in keiner Hinsicht Rechnung trage und eine nicht zu überbietende Bräuterei bedeute, zumal eine weitere Steigerung der sozialen Kosten voraussetzen sei. Ein derartiger Schiedspruch müsse angesichts phantastischer Direktorengehälter und einer sechsprozentigen Gehaltssteigerung für die Beamten des Vertrauens zu der Berechnung des Staates und der Unparteilichkeit seiner Organe auf tiefste erschüttern. Die Angekündigten in Nordwest sind einig in der Abwehr dieses Raubganges und erwarten, daß die Bundesleitung des ODA. unverzüglich Schritte unternimmt, um den Reichsarbeitsminister zum Eingreifen zu veranlassen.

Protestversammlungen im Ruhrgebiet

Offen, 26. April. (Draht.) Am Sonntag fanden in fast allen Orten des Ruhrgebietes Bergarbeiterversammlungen statt. Der Bergbauindustriearbeiterverband Deutschlands hielt allein fünfzig Versammlungen ab, in denen man sich mit dem Tarifkonflikt befaßte. Es wurden Entschließungen angenommen, in denen zum Ausdruck kommt, daß die Bergarbeiterklasse geschlossen hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zur Neuregelung des Tarifvertrages stehe. Die Maßnahmen, die die Reichsregierung und die Lohnkürzungen machten einen Mord an der Bergarbeiterklasse auszu-

Maß. Was die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit angeht, so müsse man endlich begreifen, daß den gewaltigen technischen Umstellungen im Bergbau auch eine grundsätzliche Verkürzung der Arbeitszeit folgen müsse. Nur so könne das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Entwicklung beibehalten werden. Die Forderungen der Zechebesitzer fanden scharfe Ablehnung.

Nach dem Erfolg

Eine Entschließung des Stahlwerks zum Volksbegehren

Berlin, 26. April. (Draht.) Der Bundesvorstand des Stahlwerks hat am Sonntag folgende Entschließung gefaßt:



Eine zoologische Merkwürdigkeit

Im Zebrahege des Berliner Zoo ist ein höchst interessanter Mischling geboren, dessen Vater ein riesiger spanischer Wildesel, die Mutter ein Zebra ist. Wie ein Aprilscherz der Natur mutet das reizende Fohlen an, das „oben“ ganz wie Papa ist und nur die vier Beine von der Mama geerbt hat.

Bredt sprach in Hannover

Schwierigkeiten der Reichsreform

Parteitag der Wirtschaftspartei

Hannover, 26. April. (Draht.) Aus Anlaß des Parteitag der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in Hannover fand am Sonntagmittag eine öffentliche Kundgebung statt. Der Parteivorstandende Dremw betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit, daß auch die mittelhändische Bewegung sich international verbinde, um in der wirtschaftlichen Entwicklung eine Annäherung zu erzielen.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde ein Ergebenheitstelegramm abgesandt. Landesrat Schmoll (Saarbrücken) betonte, daß das Saargebiet bei uns in Deutschland halte und in der Stunde der Abkündigung mit dem deutschen Stimmzettel in der Hand die Antwort geben werde.

Die Reihe der zahlreichen Vorträge wurde eingeleitet durch den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Mollath, der über die nationalen Aufgaben des Mittelstandes und die Stellung der Partei zur Außenpolitik sprach. Er erklärte u. a., der Mittelstand müsse Mittler und Ausgleich zwischen der im Volk vorhandenen und sich stets verschärfenden Spannungen und Gegensätzen sein, besonders zwischen Kapital und Masse. Der Führer der preussischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Radendorff,

sprach über „Privateigentum in Wirtschaft und Staat“. Reichstagsminister a. D. Professor Dr. Bredt behandelte das Thema „Reichsreform und Verwaltungsreform“. Er führte u. a. aus: Solange man den Wohlfahrtsstaat weiter kultiviere, sei eine Reichs- und Verwaltungsreform nicht möglich. Die demokratische Reichsverfassung sei abgestellt gewesen auf den Gedanken der Vorherrschaft Preußens. Das sei wohl in der Monarchie möglich gewesen, heute aber könne man den preussischen Landtagswähler nicht über die Wähler in anderen deutschen Staaten stellen. Die großpreussische Lösung, die kleinen Staaten mehr und mehr in Preußen aufgehen zu lassen, erscheine ganz unmöglich. Es sei überhaupt noch nicht der Zeitpunkt gekommen, die Reichsreform in Angriff zu nehmen, da die künftigen Staaten nicht geneigt seien, grundsätzlich darauf einzugehen. Eine wirkliche Reichsreform könne nur erfolgen in einem Augenblick großen nationalen Aufschwungs.

Der Parteivorstandende Dremw stellte in seinem Schlusswort fest, daß die Wirtschaftspartei in den letzten zwei Jahren so gewachsen sei, daß die Organisation der Partei damit nicht habe Schritt halten können. Es werde die Aufgabe dieses Parteitag sein, eine Organisation zu schaffen, die allen Ansprüchen gerecht werde.

Mittelstand als Schutzwall

Kapitalismus und Bolschewismus

Reichsfinanzminister Dietrich für Neuordnung der Reparationsleistungen

Berlin, 26. April. (Draht.) Das Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes veranstaltete einen Vortragsabend, bei dem alle bürgerlichen Parteien Gelegenheit haben, ihr Programm zur Erhaltung des selbständigen Mittelstandes zu entwickeln. Heute sprach neben dem preussischen Landtagsabgeordneten Wager (Deutsche Volkspartei) und Kniel (Deutsche Staatspartei).

Reichsfinanzminister Dietrich

In seiner Rede führte er etwa folgendes aus: Den Zeitpunkt der Entwicklung haben wir insofern überwunden, als die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist. Wenn es nicht gelingen wird, überall eine Senkung der Reallohnern durchzuführen, so bed-

wegen, weil der Reichsrat die ursprünglichen Vorschläge der Regierung geändert hat, aber ein Stillstand ist wenigstens fast allgemein erreicht. Der Redner ging sodann auf das Kapitel „Kapitalismus und Bolschewismus“ ein und führte aus: Der westeuropäische Kapitalismus kann sich gegen den Bolschewismus nicht durchsetzen, daß er ständig größere Kapitalkonzentrationen schafft, sondern nur dann, wenn neben dem Großkapital eine breite Mitte mittlerer und kleinerer Existenzen erhalten und wieder geschaffen wird, die gestützt auf ein mehr oder weniger beträchtliches Vermögen, aus-schlaggebender Faktor im Kampf gegen die Bolschewisierung ist. Aus diesem Gedanken heraus muß die Forderung erhoben werden, daß der Mittelstand und sein Volkspartei geschult

wird. Dazu ist der erste Schritt getan, indem Vermögen bis zu 2000 RM. von der Vermögenssteuer freigestellt worden sind. In der Linie dieser Politik ergibt sich die weitere Forderung, daß die Staats- und Gemeindevirtschaft eingeschränkt wird.

Der Redner legte an Hand von Zahlen dar, daß die öffentlichen Ausgaben in Deutschland in der Vorkriegszeit etwa sieben Milliarden Mark betragen und sich jetzt auf achtzehn Milliarden RM. belaufen. Die Spar-samkeitsaktion ist eingeleitet. Das Reich hat an seinem eigenen Etat mehr als 10 Prozent gespart. Und eben sind wir im Begriff, eine neue Aktion auf diesem Gebiet durchzuführen. Wir hoffen, daß unser Beispiel in den Ländern und Gemeinden Nachahmung findet.

Von der Lösung dieser großen Probleme der Kapitalbildung, der Steuerbelastung, der Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft hängt das Wohl und Wehe des Bürgertums ab, und die inneren Streitigkeiten, die das Bürgertum zer-rissen, in Parteien aufgelöst, und so machtlos gemacht haben, stellen untergeordnetes Gegen- und Dinge weiter und dritter Ordnung dar. Daraus muß das Bürgertum die Konsequenzen ziehen. Ich will nicht verhehlen, daß alle meine Darlegungen gelesen werden müssen im Zusammenhang mit der großen Frage: Wie wird sich das Reparationsproblem entwickeln und lösen? Wenn die deutsche Kapitalbildung nicht ausreicht, neben der Zahlung der Reparationen den Bedarf des Inlandes zu decken, dann ist die erste Voraussetzung zu einer wirklichen Neuordnung der Neuordnung der Reparationsleistungen.

Spanischer Ministerrat beschließt Herabsetzung der Ministergehälter

Madrid, 26. April. (Draht.) Der neue Ministerrat hat die Herabsetzung der Ministergehälter von 45.000 auf 30.000 Peseten beschlossen. Weiter hat er ein Verbot des Verkaufs königlichen Privateigentums, bis die Frage des Kronver-trages endgültig geklärt ist, erlassen. Die monarchistische Presse weist darauf hin, daß die Regierung die Paläste in Barcelona und Santander, die dem König als Privatperson geschenkt wurden, widerrechtlich als Krongut ansieht.

Der Kriegsminister beauftragt die Ver-ringerung des Offizierskorps der Armee und hat eine Verordnung erlassen, wonach familiäre Generale und übrigen Offiziere innerhalb vier Wochen freiwillig ihren Abschied erbitten können. In diesem Falle wird ihnen die Pensionierung mit dem vollen Gehalt zugesichert, andernfalls Zwangsmaßnahmen er-griffen werden würden. In der Verordnung wird ferner die Einstellung von Kadetten auf ein Jahr gesperrt.

Obwohl die gegenwärtige provisorische Regie-rung weiß, daß sie vieles, was sie an An-de-rungen und Neuerungen durchführen möchte, gewungenermaßen für die Zeit nach dem Wahle und nach der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ver-schieben muß, geht sie doch tatkräftig an die drin-genden Aufgaben des Staates heran. Wie weit sie allerdings Erfolg haben wird, hängt von der Einstellung der verschiedenen Parteien ab. Die augenblickliche Regierung ist nämlich aus sehr heterogenen Elementen zusammen-geleitet; sie besteht aus Konservativen, Radikalen, gemäßigten Republikanern, Sozialisten und je einem Vertreter Kataloniens und Galizias. Die Sozialisten haben zwar bei der Errichtung der Republik mitgeholfen, sobald aber das Parlament zusammentritt und das Eigenwesen der Par-teien wieder stärker in den Vordergrund tritt, wird es nicht ausfallen, offen sein, daß die sozia-listischen Minister zurücktreten werden, damit ihre Partei als eigenliche Oppositions-partei in den Cortes wirken kann. Eine zweite Oppositionspartei werden die Monar-chisten bilden, die sicherlich befreit sind, entweder Erzherzog Alfons oder einen seiner Söhne auf den Thron zurückzurufen.

Wie aus den Nachrichten über die Beschlüsse des spanischen Ministerrats und anderen Mel-dungen hervorgeht, sieht sich die neue Republik trotz der in der ganzen Welt fühlbaren Wirtschaftskrise weniger Schwierig-keiten gegenüber, als sie ursprünglich wohl selbst erwartet hatte. Die Arbeitslosigkeit hat sich nach dem Umsturz nicht verschärft, wohl aber wird es unangenehm fühlbar, daß zahlreiche wohlhabende Vereine ihr Existenz ein-gestellt haben. Eine Gefahr gibt allerdings zu be-denken Anlaß: Der Kapitalexport. Es ließ sich nicht verhindern, daß der König und seine Familie ihr Kapital im Auslande in Sicher-heit brachten. Das ist aber nicht der einzige Fall. Schon vor dem Umsturz wurde die spanische Aristokratie von einer ausgeprägten Panik ergriffen und machte ihr ganzes Kapital flüchtig, um es über die Grenze zu bringen. So fand die neue Regierung zwar wenig von den erwarteten Unruhen, Generalstreiks und blutigen Zusammenstößen vor, dafür sah sie sich aber sofort vor das Problem gestellt, die schnell flüchtende Pforte zu schließen. Zwar hat die Pforte noch nicht wieder den Stillstand erreicht, auf den sie unter der Regierung Beren-gur am 16. Oktober gefallen war; dennoch aber ist genügend Anlaß zu ernstlichen Sorgen vor-handen, und das scheint auch der Grund zu sein, weshalb die Regierung energisch an Spar-maßnahmen herangeht, die mit der Herab-setzung der Ministergehälter und der Verringerung des Offizierskorps begonnen haben.

Sowjetrussland nimmt die Einladung zur Europakommission an

Moskau, 26. April. (Draht.) Die Sowjet-regierung hat dem Generalsekretär des Völk-erbundes mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sich bei der am 15. Mai in Genf statt-findenden dritten Session der Europa-Studien-kommission zu beteiligen.